

**Rolf Fischer und Ulrike Rodust:**

## **Neue Nachbarn**

Ansätze einer neuen europapolitischen Konzeption für Schleswig-Holstein

*Der Arbeitskreis Europa der SPD-Landtagsfraktion hat ein europapolitisches Konzept für Schleswig-Holstein erarbeitet, das die Arbeitskreisvorsitzende Ulrike Rodust und der Europolitiker und Vorsitzende des Europa-Ausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Rolf Fischer heute der Presse vorgestellt haben.*

### **I. Handlungsbedarf**

Die anstehende EU-Erweiterung, die Neugestaltung des europäischen Mehrebenensystems (Konvent, Kompetenzen, Zuständigkeiten, Förderpraxis usw.) sowie auch die bundesdeutsche Föderalismusdebatte werden Konsequenzen unterschiedlicher Art für Schleswig-Holstein haben; sie sind an sich schon Anlässe genug, um die Konzeption schleswig-holsteinischer Europapolitik neu zu diskutieren. Über zehn Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ ist es ohnehin Zeit für eine **Neubestimmung**.

Dazu kommt: Der Europa-Bericht 2001 belegt, dass Schleswig-Holstein – Land und Gesellschaft - über ein sehr **hohes Maß an europapolitischer Kompetenz und an Bereitschaft** zum entsprechenden Engagement verfügt. Allein der Umfang des Berichtes lässt die Potentiale unseres Landes in diesem Politikfeld deutlich erkennen; die Themenvielfalt – repräsentiert durch die Arbeit der politischen Institutionen und der gesellschaftlichen Akteure – ist eindrucksvoll und beweist, dass unser Land europapolitisch gut erschlossen ist. Die Liste der genutzten Förderprogramme ist äußerst positiv.

Und doch gibt es für mich wichtige Punkte, die nicht oder nur z.T. dargestellt werden: Dazu gehören analytische und konzeptionelle Ansätze, tatsächliche Profilbildung und perspektivische Vorschläge. Diese Punkte sind aber für die Arbeit in diesem Feld Voraussetzung, weil sie die eigentliche Basis für Planung und Umsetzung von Europapolitik abgeben.

Europapolitik verlangt – wie jedes Politikfeld – konkrete Zielorientierung und verfahrensleitende Schritte, dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören sowohl eine strategische als auch eine konzeptionelle Ebene und die Entscheidungsbereitschaft, Politikfelder zu bewerten und ggf. neu zu bestimmen.

**Ich plädiere deshalb für eine neue, zweite Phase unserer Europapolitik, die neue Nachbarn für unser Land gewinnt.**

## **II. Ansätze**

Die zutreffende und im Bericht als erster Satz herausgehobene Feststellung „**Europapolitik ist in Deutschland auch Länderpolitik**“ ist ein Ansatz dafür. Dieser Satz gewinnt seine programmatische Stärke noch deutlicher durch die Umkehrung: „**Auch Länderpolitik ist in Deutschland Europapolitik**“; d.h. die Länder sind gefordert ihre europapolitischen Vorstellungen festzulegen und umzusetzen.

Sie verpflichten sich dieses Politikfeld zu definieren und auszugestalten. Dieser Ansatz geht weit über die Beteiligung an europäischen Prozessen und Vermittlung von Förderprogrammen hinaus. Der Umstand, dass es sich bei der Europapolitik zunehmend um eine „Innenpolitik“ und nicht mehr um einen Teil der „Außenpolitik“ handelt, sei hier nur erwähnt.

Sie könnte sich zuerst an folgenden Fragen orientieren:

- Welches ist unser spezifisches europapolitisches Leitbild? Und wie verhindern wir durch die Querschnittsqualität der Europapolitik den Eindruck von Beliebigkeit?
- Wie können wir regionale und europäische Identität verbinden und somit Europapolitik erfolgreich politisch, ökonomisch, kulturell und sozial im Bewusstsein der Menschen verankern?
- Müssen wir uns nicht profilbildend von den Europapolitiken anderer Bundesländer unterscheiden? Wenn ja, wie?
- Welches sind in diesem Feld unsere Stärken und Schwächen und welche Konsequenzen ziehen wir daraus?
- Gibt es eine europapolitische Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein? Benötigen wir sie nicht, um den Menschen Ängste zu nehmen?

Aus diesen analytischen Fragen kann man politische Schwerpunkte bilden, die es dann anhand von konkreten Projekten durch die entsprechenden Instrumente umzusetzen gilt.

## **III. Die konzentrischen Kreise**

Am Anfang muss eine von einer Regierung und Parlament geführte Initiative zur Neubestimmung der schleswig-holsteinischen Europapolitik stehen. Die Politik würde somit auch stärker als Akteur denn als Dienstleister wahrgenommen. Anstoß für eine solche Diskussion könnte folgender Ansatz sein:

Die neue Konzeption einer Europapolitik für Schleswig-Holstein orientiert sich an einer

„**Politik der konzentrischen Kreise**“ und findet ihre Begründung in der **geopolitischen Situation** des Landes. Sie ist das „Dach“ für die im Bericht genannten Aktivitäten.

## 1. Im Zentrum: Schleswig-Holstein.

Wir geben den Anstoß und begreifen unser Land als eine aktive Region für und in Europa. Wir wissen, dass in Zukunft die europäische Dimension auch für die Menschen in Schleswig-Holstein an Bedeutung gewinnen wird. Diesen Prozess gestalten wir zum Vorteil unseres Landes:

- **Konzeptionell**, indem wir unsere Ziele beschreiben und mit den Bürgerinnen und Bürgern abstimmen, Identität schaffen und Ängste vor dem fernen Europa abbauen;
- **organisatorisch**, indem wir unser know how und unsere Erfahrung anbieten, indem wir weiter Strukturen ausbauen oder schaffen, um erfolgreich auch alle finanziellen Chancen zu nutzen;
- **psychologisch**, indem wir den Menschen vermitteln, dass wir in SH von einer gewachsenen politischen und administrativen Infrastruktur profitieren.

Dazu gehört auch das Angebot **einer „europatauglichen“ Verwaltung**; d.h. obligatorische Kenntnisse über europäischen Strukturen und Anforderungen in unserer Verwaltung, um die Chancen Europas für die Menschen in SH optimal zu nutzen.

## 2. Erster Kreis: Schleswig-Holstein und seine unmittelbaren Nachbarn.

Europapolitik wird umso konkreter empfunden, je direkter der unmittelbare Kontakt ist. In geopolitischer Betrachtung ist es richtig, nach Osten an der **Entwicklung der Öresund-Region** teilzuhaben. Hier ist der Anfang gemacht. Die Kontakte nach Norden, zum **dänischen**

**Nachbarn** sind in Teilen ausgeprägt (Interreg etc.), zum Teil in der Entwicklung begriffen (z.B. Umsetzung des Abkommen mit Sonderjylland noch ohne Kontur), als westliche Partner bieten sich **Großbritannien und Niederlande** an. Sie sind bisher als Schul/Städtepartnerschaften und ökonomisch von (allerdings großer) Bedeutung; hier wäre ein neuer strategischer Ansatz zu finden, um diese Kontakte zu optimieren. Mit **Hamburg** als südlichem Nachbarn ist ein gutes Konzept der Zusammenarbeit auf dem Weg, ohne allerdings als Teil europapolitischer Aktivität deutlich zu werden (Ausnahme Hanse Office ).

Zusammengefasst: Orientierung Osten gut, Süden und Norden entwicklungsfähig, Westen sehr entwicklungsfähig. Wir sind in Teilen aktiv, es fehlt aber ein umfassendes **Konzept der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**, dass vorbildhaft wirken kann; Schwerpunkte könnten sein: Verstärkung grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Ausbau wissenschaftlicher Aktivitäten, Identitätsbildung der Region usw. In diesen Zusammenhang sei erinnert, dass mit der voraussichtlichen Veränderung der Fördermit-

tel ohnehin eine Phase der Konzentration der Aktivitäten einzuleiten wäre. Dies leitet über zum nächsten Kreis.

### 3. Zweiter Kreis: Schleswig-Holstein in der NordOstseeregion

Der Bericht führt in seinen Abschnitten vielfältige Beispiele auf, die unter folgenden Punkten europapolitisch eingeordnet werden könnten:

Die Notwendigkeit der **grenzüberschreitenden Kooperation** verbindet SH (DK) mit Niedersachsen(NL) und Mecklenburg-Vorpommern(PL). Es besteht in dieser Frage eine norddeutsche „Triangel“, die es auszubauen und vielleicht abzugleichen gilt. Kooperation der drei Grenzregionen (Themen siehe oben, Kompetenzen SH?): Dies ist bisher in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kein Ansatz.

Dieser Aspekt betont den Aufbau einer umfassenden **Norddeutschen Zusammenarbeit der Länder**. Die kulturelle Identität der norddeutschen Länder ist für das zukünftige Europa der Regionen von entscheidender Bedeutung. Die norddeutschen Länder müssen sich auf eine Arbeitsteilung in Richtung Europa einigen, damit die Region Norddeutschland nicht abgehängt wird; nicht in Europa und nicht in Deutschland. Bereits bestehende gute Aktivitäten verschwinden – zusammenhanglos - im Bericht in den Präsentationen der einzelnen Ministerien.

Wir sollten alle **Partnerschaften** auf ihre tatsächliche politische Werthaltigkeit für SH überprüfen. Sinnvoll wäre es ein **System regionaler Zusammenarbeit** nach konkreten politischen Bezügen aufzubauen; d.h. hochentwickelte Partnerregionen in Europa anhand von konkreten ökonomischen, ökologischen, sozialen oder kulturellen Projekten festzulegen. Diese Partnerschaften könnten zeitlich begrenzt sein und sollten sich nicht nur auf die Ostseeregion beziehen. Oder anders gesagt: Wir suchen neue Nachbarn – nicht nur geographisch, sondern politisch!

Welches könnten in diesem zweiten Kreis unsere spezifischen Schwerpunkte sein? Schleswig-Holstein muss seinen **Schwerpunkt Ostseekooperation** fortsetzen. Das ist eine Stärke, die uns noch von den anderen Bundesländern unterscheidet und uns einen politischen Vorsprung gibt. Allerdings bedarf auch die zehn Jahre alte Ostseekooperation einer **Neubestimmung**; im Ostseeraum ist nationalstaatliche Konkurrenz gewachsen, andere Bundesländer – nicht nur aus Norddeutschland – haben die Region entdeckt und bei uns ist die Phase der Netzwerkbildung m.E. in großen Teilen abgeschlossen.

Hier müssen wir festlegen, welche Themen – möglichst mit positiven kulturellen und ökonomischen Folgen – für SH zukünftig wichtig werden. Generell lässt sich sagen, dass wir uns konzentrieren müssen auf **regionale Schwerpunkte**; nicht alle Kooperationsvereinbarungen/Partnerschaften können auf gleichem Standart geführt werden.

Schleswig-Holstein muss das norddeutsche Interesse an gemeinsamer Kooperation auch nutzen, um den „**Nordseeraum**“ intensiver als bisher zu betrachten. Hier liegen große ökonomische Potentiale ( siehe Außenwirtschaftsbericht 2001, Gesundheitskooperation mit Norwegen) und kulturell-politische Ansätze von Minderheitenfragen über

Tourismus hin zur Grundsatz-Politik von Regionen. Die Zahl der Schul/Hochschulpartnerschaften ist sehr groß, ohne von uns politisch genutzt zu werden (s. Kl.Antrag „Nordseekooperation“ Fischer) Dies wäre ein neuer programmatischer Ansatz in SH und könnte die bisherigen wenigen Projekte (verantwortlich Min.länd.R.) ergänzen.

Mit diesem **doppelten Ansatz** verbindet Schleswig-Holstein als „**Land zwischen den Meeren**“ die Ostseeregion mit der Nordseeregion. Im Rahmen der Politik des „region building“ könnte unser Land bei der Entwicklung der **Großregion „NordOstsee“** hohen Anteil haben. Die im Europa-Bericht administrativ nach Ministerien geordneten Aktivitäten müssten dann diesem Schema eingepasst werden.

#### 4. Dritter Kreis: Schleswig-Holstein und Europa.

Die Einbindung unseres Landes in die Aktivitäten und Debatten der „**großen**“ **Euro-papolitik** wie z.B. Erweiterung, Konvent, Föderalismus, AdR usw. ist im Bericht umfassend dargestellt. Sie betreffen SH wie alle anderen europapolitischen Akteure und wir müssen uns dazu verhalten.

Hier wäre zu prüfen, ob SH ein **aktivere Rolle im Bundesrat** (Europakammer, Ausschuss für Fragen der Europäischen Union) zu Europathemen übernehmen könnte. Bisher gehen auf dieser Ebene nur wenige Impulse von uns aus und es entwickelt sich keine **europapolitische Öffentlichkeit in SH**, die Vorstöße positiv bewerten könnte. Zu sehr werden einzelne Aspekte als Fachpolitik gewertet.

#### IV. Profile

Abschließend soll kurz auf die Frage der **europapolitischen Besonderheiten** unseres Landes eingegangen werden. Ich nenne mehrere Bereiche, die uns von den anderen norddeutschen Ländern unterscheiden bzw. in Kooperation mit ihnen realisiert werden und die **profilbildend** sein könnten (ohne andere Bereiche aus den Augen zu verlieren):

- Wir sind das **nördlichste Bundesland**. Und dementsprechend verfügen wir über eine hohe nordeuropäische Kompetenz. Gerade Bereiche wie Windenergie oder Küstenschutz sind beispielhaft.
- Wir sind in der **Ostseepolitik** vorn. Und dementsprechend können wir unser Wissen und unsere Erfahrung in die norddeutsche und bundesweite Debatte einbringen. Ohne Kopie zu sein, kann auch die Nordseekooperation davon profitieren.
- Wir sind „**Minderheitenland**“. Die Entwicklung europaweiter Minderheitenpolitik kann – bei Weiterentwicklung unserer Minderheitenpolitik - von uns beeinflusst werden zum wechselseitigen Nutzen.

- Wir sind „**Kulturland**“. SH hat frühzeitig diesen Aspekt europapolitisch thematisiert und im norddeutschen Raum auch politisch besetzt. Diesen bisher unterschätzten Ansatz gilt es fortzuführen.
- Wir sind „**Gesundheitsland**“. SH kann sich auf diesem Gebiet von der Medizintechnik über Wellnessangebote bis zur wissenschaftlichen Forschung weiter etablieren.
- Und wir sind „**Maritimes Zentrum**“. SH verfügt über große Ressourcen in der maritimen Industrie – vom Schiffbau über die maritime Wissenschaft bis zur High-Tech-Industrie. Ein Schwerpunkt mit Tradition und Zukunft.

Es wäre anzuraten, eine **Zeitplanung** zur Umsetzung dieser Konzeption zu entwickeln. Es ist anzumerken, dass mit dem Jahr der Europa-Wahl 2004 und mit den EU-Beitritten eine neue „Zeitrechnung“ beginnt. Bis 2006 laufen die Antragstellungen der Förderprogramme, so dass auch dieses Datum berücksichtigt werden muss. Daraus ist zu folgern, dass wir im mit Beginn des kommenden Jahres, als Beitrag zum Europa-Wahlkampf, mit der Ausarbeitung dieses Vorschlages beginnen könnten.

Unsere Europa-Politik kann in der Fortsetzung der erfolgreichen Ostseepolitik auch ein Politikfeld mit Zukunft sein, wenn wir neue regionale Nachbarn entdecken. Europapolitik hat längst die Dimension der Außenpolitik verloren; sie ist Teil eine Binnenstrategie, in der sich die Bundesländer positionieren müssen.